

Forum solidarisches und friedliches Augsburg

c/o Peter Feininger, Schlegelstr. 7g, 86157 Augsburg

Augsburger Friedensinitiative (AFI)

c/o Klaus Stampfer, Hauptstr. 23a, 86486 Bonstetten

21.11.2004

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Wengert

Maximilianstr. 4

86150 Augsburg

Aufnahme der Stadt Augsburg in die Initiative „Mayors for Peace“.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Augsburg am 15. Oktober 2004 offiziell in die weltweite Initiative „Mayors for Peace“ aufgenommen wurde. Wie Sie in Ihrer Presseerklärung vom 3.11.2004 anführten, bedeutet dies einerseits eine Stärkung des Augsburger Profils als Friedenstadt und andererseits stellt dies einen Schritt zur Verhinderung der vielfältigen Bedrohung des Weltfriedens und der Wiederholung der Kriegstragödien der Vergangenheit dar.

Wie im Anhang ausführlich dargestellt besteht die atomare Bedrohung nach wie vor.

Die Augsburger Friedensinitiative (AFI) würde es deshalb begrüßen, wenn der mit dem Beitritt zur Initiative "Mayors for Peace" eingeleitete Weg fortgesetzt und weitere Initiativen gestartet würden:

- Verabschiedung einer politischen Erklärung des Stadtrats zur Verbannung aller Atomwaffen aus Europa, insbesondere keine deutsche Teilhabe an den britischen und französischen Atomwaffen im Rahmen einer europäischen Verteidigungsstrategie. Die Erklärung sollte auch die Aufkündigung der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr innerhalb der NATO enthalten und die Anerkennung der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag von der Bundesregierung verlangen.
- Bekräftigung der vom Augsburger Stadtrat in den 80er-Jahren gefassten Beschlusses zur symbolischen atomwaffenfreien Zone Augsburg.
- Teilnahme an der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NVV) vom 2.–4. Mai 2005 New York, um der weltweiten Friedenskampagne der Städte und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wir schlagen der Stadt Augsburg auch vor, an dem „Weltfriedensfest der Städte“ am 1. Mai 2005, das der Überprüfungskonferenz vorausgeht, mit einem eigenen Stand in New York teilzunehmen. Das internationale Fest, von den BürgermeisterInnen für den Frieden organisiert, wäre eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Friedensstadt Augsburg international zu präsentieren und könnte eines der Highlights der Augsburger Feierlichkeiten zum 450-jährigen Religionsfrieden im nächsten Jahr werden.

Wir würden uns über eine Stellungnahme zu den Vorschlägen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Feininger
Forum solidarisches und friedliches Augsburg

Klaus Stampfer
Augsburger Friedensinitiative (AFI)

Anhang zum Brief an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wengert vom 21.11.2004

Die Bundesrepublik hat den Atomwaffensperrvertrag 1975 ratifiziert. Sie duldet aber die Stationierung von US-Atomwaffen auf ihrem Gebiet. Gegenwärtig sind noch mindestens 100 amerikanische Atomwaffen auf deutschen Boden gelagert, u.a. in den Militärbasen wie Ramstein und Büchel in der Eifel. Dieser Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag – im folgenden Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bezeichnet – wird von den Nuklearmächten, namentlich der USA in Komplizenschaft mit Nicht-Nuklearstaaten so hingedreht: Die Nuklearmächte „interpretieren“ den NVV eigenmächtig so, dass er eine Stationierung ihrer Atomwaffen in anderen Staaten erlaubt. Und die Stationierungsländer wie die BRD weisen darauf hin, dass sie nicht die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen besitzen und damit keine Weiterverbreitung vorläge.

Im Rahmen der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ der NATO partizipiert Deutschland aber an der nuklearen Planung, an Kommando, Kontrolle und Konsultationen über den Einsatz nuklearer Waffen. Dies geschieht im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe (NPG).

Schlimmer noch: Sechs nicht-nukleare Staaten in Europa – Belgien, Deutschland, Griechenland, Italien, die Niederlande und die Türkei – verfügen in technischer Hinsicht über alle erforderlichen Mittel, um amerikanische Nuklearwaffen während eines Krieges einsetzen zu können. Sie halten konventionell und nuklear nutzbare Flugzeuge (dual capable aircraft - DCA) mit technischer Sonderausstattung bereit, sie haben für den Nuklearwaffeneinsatz geschulte, voll ausgebildete und regelmäßig überprüfte Piloten. Zwischen diesen Staaten und den USA wurden sogenannte „Programs of Cooperation“ einschließlich einer großen Zahl technisch-militärischer Detailabkommen abgeschlossen, die die erforderlichen Informationen für Überstellung, Handhabung, Behandlung, Einsatz nuklearer Waffen und technischer Geräte regeln.

Auf einem Fliegerhorst in jedem dieser Länder werden Nuklearwaffen aus den USA für den Einsatz durch die nicht-nuklearen NATO-Mitglieder gelagert. Wie Sie selbst in Ihrer Presseerklärung feststellen, geschieht dies in Deutschland in Büchel. Indem die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten mit ihren Tornado-Kampfflugzeugen im Rahmen der nuklearen Teilhabe tagtäglich den potentiellen Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen üben, verstößt die Bundesregierung nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen gegen das Völkerrecht sowie das Grundgesetz. Insbesondere wird immer wieder kritisiert, dass die nukleare Teilhabe der Bundeswehr gegen einen einschlägigen Beschluss des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag verstoßen würde, worin die Kritiker einen Verstoß gegen das Völkerrecht sehen.¹

Ein Einsatz nuklearer Waffen durch die NATO-Staaten verstößt gegen die Artikel I und II des NVV, wenn dabei die nukleare Teilhabe zur Anwendung kommt und Flugzeuge nicht-nuklearer NATO-Staaten US-Nuklearwaffen zum Einsatz bringen. Die Verfügung über Nuklearwaffen würde dabei von einem Nuklearwaffenstaat an einen nicht-nuklearen Staat übergehen.

Die Mehrheit der NVV-Vertragsparteien betrachtet die nukleare Teilhabe als Vertragsverletzung und über 100 neutrale und nicht-paktgebundenen Staaten haben schon Ende der 90er Jahre die NATO-Staaten aufgefordert, die nukleare Teilhabe aufzugeben.

Die Stadt Augsburg sollte sich dieser Position anschließen und darauf hinwirken, dass alle nicht-nuklearen Mitglieder der NATO – also auch die BRD – zugunsten der Stärkung des NVV künftig auf die technische Fähigkeit zum Einsatz nuklearer Waffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe des Bündnisses verzichten.

¹ Gutachten-Verfahren nach Art. 96 der UN-Charta des IGH vom 8. Juli 1996, das auf massives Betreiben nichtstaatlicher Organisationen (World Court Projekt), zustande kam.

Es wäre besser, wenn die Bundesregierung hier mit gutem Beispiel voranginge, anstatt Ländern wie dem Iran zu drohen, weil sie ein Nuklearprogramm verfolgen. Es ist eine äußerst fragwürdige Politik Deutschlands, Staaten wie dem Iran ein Nuklearprogramm zu verbieten mit der unbewiesenen Behauptung, es könne oder würde der Produktion von Waffen dienen, und selbst nicht im Traum daran zu denken, auf die eigenen – durchaus bewiesenen – technischen Fähigkeiten zum Einsatz nuklearer Waffen zu verzichten.

Hinzu kommt, dass es in jedem Fall völkerrechtlich nicht zulässig und verbrecherisch ist, dem Iran einen Militärschlag anzudrohen – wie das die USA und Israel unverhohlen getan haben. Man muss die Bundesregierung davon abhalten, diesen Weg ebenfalls einzuschlagen. Das „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Paket Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands für den Iran ist unfriedlich, denn es bestreitet dem Iran das Recht auf einen vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf und droht andernfalls mit Sanktionen des UN-Sicherheitsrats. Auch der deutsche Außenminister forderte den Iran im Oktober auf, seine Verpflichtungen in der Atomfrage zu erfüllen, um so „Fehlkalkulationen zu vermeiden, die uns in eine sehr ernsthafte Lage bringen könnten.“² Und Elmar Brok, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, drohte jetzt wieder in einem Interview mit dem Deutschlandradio: „Es darf nicht ausgeschlossen sein, dass am Ende des Tages auch Gewalt ausgeübt wird...“ und „wenn der Iran hier falsch spielen würde, könnten hier neue Kriegsgefahren auftauchen“.³ Hat nicht auch der Irak angeblich „falsch“ gespielt, bevor er angegriffen wurde?

Die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung steht hinter einer Abschaffung der Atomwaffen in Deutschland, wie eine repräsentative Umfrage des Forsa-Institutes bereits im Jahr 1998 ergab. Demnach stimmten 93 Prozent der Befragten der Forderung zu: „Atomwaffen sind grundsätzlich völkerrechtswidrige Waffen und sollten weder produziert noch gehortet werden dürfen“ und 87 Prozent der Befragten stimmten der Auffassung zu: „Die Bundesregierung sollte dafür sorgen, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen umgehend beseitigt werden“.

Es ist mehr als überfällig, dass die Bundesregierung in dieser Frage endlich internationales Recht respektiert und dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung nachkommt, indem sie die nukleare Teilhabe aufkündigt.

Die atomare Bedrohung besteht nach wie vor. Auch in diesem Jahr fanden, unbemerkt von der Öffentlichkeit, zwei Atomwaffenversuche am 26. Mai in den USA und am 11. August in Russland statt. Die USA bedrohen den Iran mit Krieg und sind in den Irak einmarschiert, um nie gefundene Massenvernichtungswaffen zu beseitigen. Gleichzeitig sind sie unbeeindruckt von eigenen internationalen Verpflichtungen damit beschäftigt, das eigene Atomwaffenarsenal weiter zu perfektionieren. Die Ratifizierung des Atomwaffentestverbots durch die 44 Mitgliedsländer des UN-Abrüstungsausschusses bleibt von höchster Priorität.

² <http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=448121>

³ Die Chance auf eine Beilegung des Streits mit dem Iran müsse jetzt wahrgenommen werden, sagte Brok: "Es wäre ein Hinweis darauf, dass ein Weg der Überzeugung auch ein sinnvoller Weg ist und dies wäre das Signal, dass die Konfliktherde eben nicht nur mit repressiven oder militärischen Methoden bewältigt werden können." Richtig sei eine Mischung der Instrumente, in der die Gewalt nur das absolut letzte Mittel darstelle.

Brok warnte aber, dass eine Verzögerungstaktik des Iran nicht ausgeschlossen werden dürfe: "Ich kann das nicht ausschließen, weil es schon einige Male ein Hin und Her gegeben hat und der Weg nicht sehr geradlinig gewesen ist." Wenn der Iran falsch spiele, könnten neue Kriegsgefahren auftauchen. Nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl gebe es aber vermutlich auch bei dem Iran die Erkenntnis, dass der Atomstreit ein gefährlicher Konfliktherd sei, sagte der CDU-Politiker.

Uns beunruhigt aber nicht nur die USA als Hauptmacht der Nuklearrüstung und die gewissenlose Gefolgschaft und Komplizenschaft der BRD. Ebenso sehr beunruhigen uns die massiven Aufrüstungsbestrebungen und Angriffspläne der EU, diesmal unter maßgeblicher Beteiligung der BRD, die immer unverhohlener auch die nukleare Option einschließen.

Das Pariser Institut für strategische Studien (ISS), beauftragt verschiedene Einsatzszenarien für EU-Truppen auf Grundlage des EU-Verfassungsvertrages und der EU-Sicherheitsstrategie zu erarbeiten, legte im Oktober 2004 eine Studie hochrangiger Militärberater unter dem Label „European Defense Paper“ vor. Das Ergebnis ist bemerkenswert: Die Autoren der Studie fordern eine energische, unverzügliche und umfassende Aufrüstung der EU. Ziel müsse sein, den Status einer zur Führung von Angriffskriegen fähigen Weltmacht zu erreichen. „Präventives Engagement“ ist in dieser Strategie ein geradezu selbstverständlicher Teil. Angriffskriege werden damit jetzt auch auf europäischer Ebene verankert. Nukleare Optionen werden nicht mehr ausgeschlossen. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des „European Defence Paper“, stellt zufrieden fest, dass das Thema „Präemption/Prävention“ in dem Dokument zwar vorwiegend unter dem Aspekt von Kriegseinsätzen mit konventionellen Streitkräften und operativen Spezialkräften behandelt wird. „Immerhin“ werde aber die Möglichkeit erwähnt, britische und französische Nuklearstreitkräfte „explizit oder implizit“ einzubeziehen.⁴ In der Tat heißt es in dem Strategiepapier bezüglich der Kriegsszenarien der künftigen EU-Streitmacht: „[W]e have not avoided presenting scenarios in which the national nuclear forces of EU member states (France and the United Kingdom) may enter into the equation either explicitly or implicitly.“

Auch die Europäische Union muss als ersten Schritt einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sich für eine vollständige atomare Abrüstung einsetzen, Atomwaffen aus Europa verbannen und die UNO in ihrem Bemühen stärken, die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen wirksam zu verhindern. Die EU kann sich dieser Verantwortung nicht länger entziehen.

Die bevorstehende Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahre 2005 ist von außerordentlicher politischer Bedeutung. Der Stand des Atomwaffensperrvertrages wird alle fünf Jahre überprüft. Im Abschlussbericht der letzten Überprüfungskonferenz im Jahre 2000 erklärten die 187 Länder gemeinschaftlich „eine eindeutige Verpflichtung der Länder mit nuklearen Waffen zu einer völligen Abschaffung ihrer Atomwaffen“.

Der Bürgermeister von Hiroshima, Tadatoshi Akiba, stellt als Organisator von „Mayors for Peace“ hierzu fest: „Leider haben sie [die 187 Länder] sich aber auf keinen Zeitplan festgelegt. Dies ist der Schritt, der noch fehlt. Aber viele Regierungen befürchten, dass aufgrund der veränderten weltpolitischen Situation die nächste Überprüfungskonferenz im Mai 2005 eher einen Rückschritt bringen könnte, anstatt die beschlossene Abrüstung endlich einzuleiten. Mayors for Peace beabsichtigt deshalb, durch Hunderte Bürgermeister, Tausende Vertreter von NGO's und Hunderttausende Menschen den Regierungen auf der NPT-Überprüfungskonferenz 2005 klarzumachen, dass wir einen weiteren bedeutungsvollen Schritt nach vorne erwarten. Der Wille der Völker der Erde wird gehört werden und wir werden zu einem Verbot von Atomwaffen kommen! Unsere Städte und unsere Zukunft stehen auf dem Spiel.“⁵

In der diesjährigen Erklärung der Stadt Hiroshima anlässlich des Gedenktages der atomaren Zerstörung heißt es: „Auf der Konferenz über die Revision des Atomwaffensperrvertrags (Non-

⁴ (Lothar Rühl: Lücke zwischen Mittel und Zweck. Das „European Defence Paper“; Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.10.2004).

⁵ http://www.atomwaffenfrei.de/info_paket/pflichten.pdf

Proliferation Treaty/NPT), die in New York stattfinden wird, wird die Notaktion zur Abschaffung von Kernwaffen Städte, Bürger und NGOs aus aller Welt zusammenbringen, um vereint mit gleichgesinnten Nationen an der Adoption eines Aktionsprogrammes zu arbeiten, das als Zwischenziel die Unterzeichnung eines Kernwaffenvertrags im Jahr 2010 beinhaltet, der in der Folge den Rahmen zur endgültigen Beseitigung von Atomwaffen bis 2020 bilden soll. Diese Notaktion ruft weltweit Wellen der Unterstützung hervor. So nahm das Europäische Parlament im vergangenen Februar mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, die speziell die Kampagne der „Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden“ unterstützt. Ferner nahm die US-Konferenz der Bürgermeister in Vertretung von 1183 amerikanischen Städten auf ihrer Vollversammlung im Juni einstimmig eine noch entschiedenere Resolution an.“⁶

Die NVV-Überprüfungskonferenz vom 2.–4. Mai 2005 New York ist ein entscheidender Meilenstein für die Kampagne "atomwaffenfrei 2020" der Bürgermeister für den Frieden. Es wäre eine Katastrophe, wenn sie nicht erfolgreich verläuft. Deshalb bitten wir die Stadt Augsburg, namentlich Sie als Oberbürgermeister dieser Stadt, dem Aufruf von Mayors for Peace zu folgen und an dieser Konferenz teilzunehmen, um der weltweiten Friedenskampagne der Städte und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Wir schlagen der Stadt Augsburg auch vor, an dem „Weltfriedensfest der Städte“ am 1. Mai 2005, das der Überprüfungskonferenz vorausgeht, mit einem eigenen Stand in New York teilzunehmen.⁷ Das internationale Fest, von den BürgermeisterInnen für den Frieden organisiert, wäre eine ausgezeichnete Möglichkeit, die Friedensstadt Augsburg international zu präsentieren und könnte eines der Highlights der Augsburger Feierlichkeiten zum 450-jährigen Religionsfrieden im nächsten Jahr werden. Die Stadt Augsburg sollte das Weltfriedensfest in New York in ihr offizielles Programm für 2005 aufzunehmen und zu einem Schwerpunkt zu machen.

⁶ <http://www.city.hiroshima.jp/shimin/heiwa/german2004.html>

⁷ http://www.atomwaffenfrei.de/info_paket/weltfriedensfest.pdf